Fritz Vahrenholt: Kühlster Juni der Tropen seit 22 Jahren – heimische Gasförderung als Ersatz?

geschrieben von AR Göhring | 3. Juli 2022

Bevor wir auf die Krise der Energiewende zu sprechen kommen, werfen wir einen Blick auf die Temperaturentwicklung, die ja ein Auslöser der Klimastrategie der Bundesregierung ist.
Die Abweichung der globalen Temperatur vom 30-jährigen Mittel der satellitengestützten Messungen der *University of Alabama* (UAH) ist im Juni 2022 gegenüber dem Mai von 0,17 Grad auf 0,06 Grad Celsius erneut gesunken. Die Temperatur steigt seit 40 Jahren um durchschnittlich 0,13 Grad Celsus pro Jahrzehnt. Das ist kein Grund, sich auf deutschen Straßen anzukleben. Und denjenigen, die unsere Sommerwärme dem anthropogenem Klimawandel zuschreiben, sei gesagt : In den Tropen war der Juni 2022 der kühlste Juni seit 22 Jahren. Und auch die Temperaturen im mittleren Atlantik liegen nunmehr -0,2 Grad Celsius unterhalb des Mittelwerts der vergangenen 30 Jahre. Hier deutet sich möglicherweise das Ende der 30- jährigen Warmphase des Atlantiks an.

Wir müssen politische Tabus überwinden

Die Energiepreiskrise begann Mitte 2021 als Folge energiepolitischer Entscheidungen in Europa und in Deutschland. Der Verzicht auf 20.000 MW Kohlekraftwerke in Europa, der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland, der durch die EU-Kommission gewollte Anstieg der CO_2-Preise auf 90€/t CO_2 (was den Gasstrompreis verdoppelte und den Braunkohlenstrompreis verdreifachte) traf auf eine gestiegene Nachfrage nach der Pandemie. Zusätzlichen wurden in vielen Staaten (USA, England, Deutschland) die Ausweisung neuer Fördergebiete für Öl und Gas untersagt. Der Krieg Rußlands in der Ukraine verschärfte seit Februar 2022 die Situation.
Reichen die politischen Antworten aus? Die Vertröstung auf Importe von Flüssiggas, der Ausbau der Wind-und Solarenergie, der befristete Verzicht auf den Ausstieg der in diesem Jahr zur Abschaltung anstehenden Kohlekraftwerke? **Der Hinweis auf ein kürzeres Duschen?**
Die drei großen deutschen Tabus, die uns in diese Lage gebracht haben, werden von der Bundesregierung nicht angegriffen. Wir schauen sie uns an.
Heimische Gasföderung statt 100 % LNG
Um das Pipelinegas aus Rußland zu ersetzen, plant die Bundesregierung den Bau von LNG-Terminals an der Nordseeküste, um insbesondere das Erdgas aus den USA, das durch *Fracking* gewonnen wird, zu importieren. Seit einem halben Jahr wird wertvolle Zeit verloren, in der die Bundesregierung keinen Gedanken daran verschwendet, die eigenen großen Gasvorkommen erschließen zu lassen.

> „Solange wir in Deutschland Erdgas benötigen, ist es – freundlich ausgedrückt – ein Schildbürgerstreich, daß wir es nicht bei uns fördern“,

sagte Hans-Joachim Kümpel, früher Präsident der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe*, WELT AM SONNTAG. Bis zu 2,3 Billionen Kubikmeter erschließbares Erdgas liegen unter Deutschland im Schiefergestein. Die Menge würde ausreichen, das Land über Jahrzehnte mit Erdgas zu versorgen. Binnen eines Jahres könnte in Deutschland mit der Förderung von Schiefergas begonnen werden, sagte Mohammed Amro, der sich an der Bergakademie Freiberg mit Geoströmungstechnik beschäftigt. In Deutschland kam *Fracking* seit Anfang der 1960er Jahre zum Einsatz – hauptsächlich für die Förderung von Erdgas aus sehr dichten Sandsteinen (*Tight Gas*). Seitdem sind über 320 Fracking-Maßnahmen durchgeführt worden, dadurch bedingte Umweltschäden sind nicht bekannt. Etwa ein Drittel der in Deutschland geförderten Erdgasmengen stammt aus Bohrungen, die mit *Fracking* stimuliert wurden. Nun geht es um die Förderung des Gases aus dem 1.000 Meter tiefem Schiefergestein, weit unterhalb der Grundwasservorkommen, die in Deutschland bei 50-200 Meter Tiefe liegen.
Doch es gibt in Deutschland ein Tabugesetz aus dem Jahre 2017, das *Fracking* in Deutschland verbietet. Die FDP wäre wohl bereit, dieses Tabugesetz aufzuheben. Doch die grünen Minister Steffi Lemke und Robert Habeck wehren sich halsstarrig seit einem halbem Jahr gegen diesen Weg der Vernunft.

> Habeck: „Ich glaube, dass das nicht der Weg ist, den wir gehen sollten und der uns weiterhilft“.

Verantwortungslos bezeichnete der Rohstoffexperte Kümpel diese Position. Verantwortungslos ist noch milde asugedrückt in Anbetracht des drohenden Wohlstandsverlust Deutschlands. Es ist ein Bruch des Amtseides und damit ein Bruch der Verfassung: „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden“ sagt der Amtseid (Art. 64 in Verbindung mit Art.56).
Stattdessen setzt der Wirtschaftsminister u.a. auf *Fracking*-Gas aus den USA. Der amerikanische Präsident Biden hatte zugesagt, bis 2030 50 Milliarden Kubikmeter Gas, etwa ein Drittel des russischen Exportes nach Europa, zu liefern. Diese Zusage kommt von dem gleichen Präsidenten, der in seinen ersten Amtstagen sämtliche Fracking-Projekte auf öffentlichem Grund gestoppt hatte. Ernstzunehmende Gasanalysten sagen daher für die nächsten Jahre eine Gaskrise in den USA voraus, da die bestehenden *Fracking*felder in den nächsten fünf Jahren zur Neige gehen und neue zur Zeit nicht genehmigt werden.
Die Lage des Schiefergases in der norddeutschen Tiefebene von Niedersachsen bis Brandenburg verdeutlicht folgende Grafik (entnommen aus unserem Buch: Unerwünschte Wahrheiten, S.304 ff.)



Abb. 13: Schematische Darstellung geologischer Becken mit möglichem Schieferöl- und Schiefergas-Potenzial in Europa.

Quelle: BGR 2013

CO_2– freier Kohlestrom statt Kohle aus Kolumbien

Der Bundeskanzler hat am 6.4.2022 mit dem kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque telefoniert, um auf eine Expansion des Steinkohlebergbaus *El Cerrejon* zu drängen, eine der größten, aber auch umstrittensten Kohleminen der Welt.
Das Präsidialamt in Kolumbien ließ mitteilen:

> Wir haben über die aktuelle Krisensituation bezüglich der Energieversorgung in Europa gesprochen. Es ist daher möglich, das wir zu diesem Zeitpunkt, in dem Länder wie Deutschland ihre Energiesicherheit stärken müssen, die kolumbianische Kohle - Exporte erhöhen, damit sie sich gegen Energieknappheit wappnen können.

Leider ist Duque ab dem 7. August nicht mehr im Amt, da er vom linksgerichteten Gustavo Petro, der die Wahl zuvor knapp gewonnen hatte, abgelöst wurde. Die neue Regierung sieht die Kohlemine kritisch.
Olaf Scholz hätte besser einen Anruf in Sachsen oder der Lausitz getan. Da gibt es auch einen offenen Tagebau mit vorbildlichen Umweltstandards, ohne hungernde Kinder. Aber diese eigene, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Förderung hatte man ja im Kohleausstiegsgesetz nicht mehr haben wollen und in der Koalitionsvereinbarung „idealerweise“ schon 2030 die Schließung angekündigt. Wenn man aber die damit verbundenen Kohlekraftwerke mit einer CO_2-Abscheidung versehen würde, wären auch alle möglichen CO_2– und Klimabelastungen ausgeschlossen worden.

Damit wären wir beim zweiten Tabugesetz, das geschliffen gehört: Das Verbot von CCS ,also der Abscheidung von CO_2 aus Kohlekraftwerken und die Verpressung in tiefe Schichten weit unterhalb des Gundwassers. Es gibt das Verbot seit 2012. Pilotvorhaben waren erlaubt, aber alle norddeutschen Länder haben von der Klausel Gebrauch gemacht, selbst solche Forschungsvorhaben auszuschliessen. (Nähere Informationen : Unerwünschte Wahrheiten, S.297 ff.) Einer der Hauptinitiatoren für ein Verbot war seinerzeit der Landesvorsitzende der Grünen in Schleswig-Holstein, Robert Habeck, der die Initiative gegen ein CO_2-Endlager mit den Worten unterstützte:

> „Schleswig-Holstein ist das Land der Erneuerbaren Energien und keine Müllhalde für CO2″.

Er erreichte, daß die damalige CDU-Landesregierung einen entsprechenden Antrag im Bundesrat stellte, der dann später Gesetz wurde. Die in *Schwarze Pumpe* errichtete Pilotanlage wurde abgebaut und nach Kanada verkauft.
Es ist nicht zu erwarten, dass Robert Habeck den Weg freigibt für eine umweltfreundliche Kohlenutzung. Würde man diesen Weg beschreiten, hätte man gute Argumente, um von China den Einsatz dieser Technik zu verlangen, da das Land seine riesigen Kohlevorräte weiter nutzen wird. Aber wir wollen ja nur den deutschen Himmel retten.



Ohne Laufzeitverlängerung ins Winter-Chaos

Es gibt ein drittes Tabugesetz, das die Bundesregierung nicht anfassen will : das Kernenergieausstieggesetz. Die dümmlichen Erklärungen des

grünen Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, wonach Kernkraftwerke keine Wärme erzeugen, und daher bei der Gasknappheit nicht helfen, haben die meisten in Deutschland durchschaut. 14 % des Strom kommt aus Gaskraftwerken. Wir werden nur zwei Drittel der Gaskraftwerke durch das Hochfahren von Reservekohlekraftwerken ersetzen können. Ein Wegfall von drei Kernkraftwerken bedeutet am Ende, dass ein großer Teil dieser Einsparung aufgegeben wird, denn der wegfallende Strom kann nicht anders als durch Gaskraftwerke ersetzt werden.
Da hilft auch der forcierte Windkraft-und Solarausbau (der übrigens auch nur Strom produziert) nicht. Um die Strommenge der drei laufenden Kernkraftwerke rechnerisch zu ersetzen, benötigt man zwei Drittel der 2,2 Millionen bestehenden Solaranlagen. Anders ausgedrückt: Um diese Menge Strom zu ersetzen, brauchen wir fünf bis zehn Jahre, um die entstehende Lücke von etwa 35 TWh durch neue PV-Anlagen zu ersetzen. Und dann hätten wir nachts immer noch keinen Strom.
Der Vorstandvorsitzende von *Evonik*, Christian Kullmann, hat das Ausmaß der Gaskrise anschaulich beschrieben: Man stelle sich einen Gaszug vor, der in Sevilla beginnt und in Frankfurt endet, die ganze Strecke ein Waggon nach dem anderen. Und er stellt die Frage, wie lange die deutsche Chemieindustrie mit diesem Gas auskommen würde. Wohlgemerkt nur die Chemieindustrie.
Antwort : sechs Stunden!
Es geht um 5,6 Millionen Arbeitsplätze, die vom Erdgasmangel betroffen sind. Es geht nicht ums kürzere Duschen!